



Freie und Hansestadt Hamburg
Bezirksamt Hamburg-Nord
Bezirksversammlung

Az. RegA FuLA

Drucksachen-Nr. 4146/10
23.02.2010

Antrag

- öffentlich -

von

der CDU-Fraktion, der SPD-Fraktion, der GAL-Fraktion, der FDP-Fraktion,
der Gruppe der Nordabgeordneten und der Fraktion Die Linke

Beratungsfolge	am	TOP
Regionalausschuss Langenhorn-Fuhlsbüttel-Alsterdorf-Groß Borstel	01.03.2010	4.3.1

Blockinnenverdichtung in Groß Borstel

Antrag der CDU-Fraktion, der SPD-Fraktion, der GAL-Fraktion, der FDP-Fraktion, der Gruppe der Nordabgeordneten und der Fraktion Die Linke

Sachverhalt:

Im Rahmen der im Stadtteil Groß Borstel geführten Diskussion für zusätzlichen Wohnungsbau im Stadtteil gibt es seit etwa 3 Jahren ein großes Einvernehmen zwischen den Vereinen, Initiativen, aktiv mit diskutierenden Bürgern in Groß Borstel und den Fraktionen in der Bezirksversammlung, dass auch möglichst über kleine Schritte im Rahmen einer ortsverträglichen Verdichtung bereits bebauter Gebiete zusätzlicher Wohnraum in kleinen Portionen geschaffen werden soll.

Im Zusammenhang mit einem konkreten Bauantrag aus dem Bereich Warnckesweg, wo ein bisher als Wäscherei genutztes Gebäude zu Wohnraum für Familienmitglieder des Wäschereibesitzers umgebaut werden soll, droht dieses Vorhaben zu scheitern an der Beurteilung des Antrages an den im Sinne des politischen Willens völlig überholten - aber immer noch rechtswirksamen Festsetzungen des Bebauungsplanes, so dass letztlich das politische Ziel der Innenverdichtung verhindert werden könnte.

Beschlussvorschlag:

In diesem Zusammenhang wird folgender Antrag gestellt, zur späteren Beschlussfassung in der BV:

Der Herr Bezirksamtsleiter wird aufgefordert noch vor dem Abschluss des Verfahrens der "Groß Borsteler Planungswerkstatt" in den Bereichen des Stadtteils mit zum Teil sehr langen und rückwärtig bisher nicht bebauten Grundstücken bei Anträgen für eine ergänzende rückwärtige Wohnnutzung hier wohlwollend positiv zu prüfen, eine entsprechende Bebauung durch die Erteilung von Befreiungen von den Festsetzungen des (alten) Bebauungsplanes zu ermöglichen. Bei B-Plänen der 1960er und 1970er Jahre ist dieses in Hamburg in vielen Bereichen bereits eine häufig angewendete Praxis. Damit könnte unabhängig von langjährigen B-Planneuaufstellungsverfahren die von allen Fraktionen formulierte Zielsetzung der Schaffung neuer Wohnungen und zusätzlicher Wohnbaugrundstücke im Bestand bereits kurzfristig Rechnung getragen werden.

Für die CDU-Fraktion
Gisela Busold

Für die SPD-Fraktion
Jörg W. Lewin
Steffen Vogel

Für die GAL-Fraktion
Michael Werner-Boelz
Carmen Wilkens

Für die FDP-Fraktion
Axel Kloebe

Für die Nordabgeordneten
Dorle Olszewski
Sigi Diebolder

Fraktion Die Linke
Peter Heim
Franz-Josef Peine

Anlage/n:

ohne Anlagen